

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 22. November 2017

3500. 2017/169

Postulat von Alan David Sangines (SP), Marco Denoth (SP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 07.06.2017:

Unterbringung von LGBT-Geflüchteten (Lesbian, Gay, Bi, Transgender) in separaten Asylunterkünften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2989/2017): In über 70 Ländern werden Homosexuelle, Bisexuelle und Transmenschen kriminalisiert. Die Strafen reichen von Prügelstrafen über Gefängnis bis hin zur Todesstrafe. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität flüchten, sind auch in der Schweiz mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Es beginnt bei der ersten Befragung in den Empfangszentren des Bundes. Dort müssen sie ein erstes Mal ohne Aufklärung und Kenntnis der Rechtslage vor einem Dolmetscher oder einer Dolmetscherin aus dem gleichen Kulturkreis und vor einer Behörde erklären, warum sie geflüchtet sind. Sie müssen über etwas sprechen, über das sie noch nie sprechen konnten, erst recht nicht vor einer Behörde. Viele trauen sich am Anfang nicht, ihre wahren Gründe zu sagen. Später sind sie im Asylverfahren deshalb mit vielfältigen Problemen konfrontiert. In den Asylunterkünften in den Kantonen wohnen sie zusammen mit Menschen aus dem gleichen Kulturkreis. Diese sind oft im gleichen homo- und transphoben Klima aufgewachsen. Natürlich kann man sagen, dass die bei uns lebenden Menschen unsere Werte respektieren müssen. Beim Thema sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität braucht es sicher generell noch viel Aufklärung. Wir können darauf hinwirken, dass in unserem Land niemand wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert wird. Doch bis dahin müssen wir den Menschen Schutz bieten. Es gibt Betroffene, die sich nicht getrauen, Flyer für Beratungsangebote für homo- und bisexuelle Flüchtlinge in die Unterkunft mitzunehmen, weil sie Angst haben, dass diese entdeckt werden könnten. Es gibt Betroffene, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität gemobbt, diskriminiert und angefeindet werden. Betroffene bezeichnen die Zurich Pride als schönsten Tag im Jahr, weil sie unter ihresgleichen auf der Strasse so sein dürfen, wie sie sind, frei, ohne Diskriminierung in der Öffentlichkeit. Wir müssen dieser besonders verletzlichen Gruppe von Geflüchteten Schutz bieten, einen sicheren Rückzugsort, damit sie sich auch in den eigenen vier Wänden nicht verstellen müssen und nicht Angst haben müssen. Im Asylwesen ist anerkannt, dass besonders verletzliche Personengruppen wie zum Beispiel unbegleitete Minderjährige, schwer kranke oder besonders traumatisierte Menschen auch besondere Unterbringungsformen benötigen. Dasselbe soll auch für Homo-, Bisexuelle und Transflüchtlinge gelten. Die Forderung entspricht auch der Forderung von Fachorganisationen wie Queeramnesty, die die Geflüchteten schweizweit betreut, berät und unterstützt. Es

gibt auch Petitionen mit entsprechenden Forderungen. Im Ausland wurden gute Erfahrungen gemacht. In der Schweiz sind nicht viele Menschen betroffen. Man muss ihnen aber Schutz bieten. Gerade weil es so wenige sind, muss man kein grosses Zentrum schaffen, das wiederum exponiert wäre, sondern separate, diskrete Unterkünfte wie etwa Wohngemeinschaften. Dort können sie friedlich und sicher leben. Es geht uns um eine unbürokratische, praktikable, aber wichtige Lösung für diese Personengruppe. Es sollen normale Wohnformen wie für andere Geflüchtete sein, keine Luxusunterkünfte. Aber die Personen sollen separat und sicher untergebracht werden. Eine Platzierung soll stets freiwillig erfolgen. Betroffene sollen sich bei den Sozialarbeitenden melden können. Uns steht nun eine sehr theoretische Debatte über Kosten, praktikable Lösungen, keine Separation und dergleichen bevor. Die meisten hier im Rat waren schon einmal einer Situation ausgesetzt, in der sie Mobbing oder Beschimpfungen erlebt haben, sei es am eigenen Leib oder als Zeuge. Diese Situationen sind unangenehm. Wir sind ihnen aber in einem begrenzten Zeitraum ausgesetzt. Wenn man mit Personen zusammenwohnen muss, die einen mobben oder beschimpfen, ist es eine andere Sache. Das möchten wir niemandem zumuten müssen. Besonders nicht Menschen, die sich bereits ihr ganzes Leben verstellen mussten und Angst haben mussten. Das sollte man in unserer Diskussion im Kopf behalten.

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Juni 2017 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Lösung der Linken lautet nicht, dass die Regeln durchgesetzt werden, die bei uns gelten, nämlich, dass niemand aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Ihre Lösung lautet, dass man Betroffene, die anders sind, aus den Unterkünften ausgrenzt. Das ist für uns der falsche Weg. Wir sind für Integration. Ich bin froh, dass man auf diese Missstände aufmerksam macht. Es wird sichtbar, dass es unter den Flüchtlingen auch Leute gibt, die andere diskriminieren und ausgrenzen. Unsere Haltung ist, dass man die Regeln durchsetzen muss. Die Leute sollen in den Unterkünften bleiben können und nicht diskriminiert werden. Wir wollen, dass die Regeln eingehalten werden und dass die Leute in den Unterkünften normal weiterleben können.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Ich teile die Meinung der Postulanten, dass man Ausgrenzung bekämpfen muss. Die Frage ist, ob man die Betroffenen anders behandeln soll. In Schulen wird bei Mobbing so vorgegangen, dass das Opfer in ein anderes Schulhaus oder in einen anderen Kreis umgeteilt wird. Es darf hier nicht passieren, dass das Opfer in eine andere Unterkunft weggewiesen wird und möglicherweise nochmals weitergeschoben wird. Man muss bei den Tätern Massnahmen ergreifen. Die Trennung sollte das letzte Mittel sein. Dann sollte aber die Täterschaft weggewiesen werden, nicht das Opfer. An einem anderen Ort wird das Opfer vielleicht wieder von jemandem diskriminiert. Vielleicht wird es dort sogar noch mehr gemobbt. Ich glaube nicht, dass das Problem so gelöst wird. Die Täterschaft erhält zudem den Eindruck, dass sie ihr Ziel erreicht hat, das Opfer zu vertreiben. Wenn die Täter eines Tages in einem normalen Wohnblock wohnen, treffen sie wieder auf solche Leute und können immer noch nicht damit umge-*

hen. Es kann keine Lösung sein, dass man das Problem verschiebt. Man muss klar kommunizieren, wie die Regeln sind und dass dieses Verhalten nicht toleriert wird. Der Vorstoss bewirkt genau das Gegenteil. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP unterstützt den Vorstoss, so wie sie in den letzten Jahren verschiedene andere Forderungen in diesem Bereich unterstützt hat. Dazu zählt zum Beispiel die Ausweitung der Fachstelle für Gleichstellung auf genau diese Themen. Vor kurzer Zeit haben wir auch einen Aktionsplan unterschrieben, der die Sicherung der Grundrechte von Transpersonen herstellen oder verbessern soll. Dieser wird noch im Rat behandelt werden. Wir unterstützen die Linie, dass man in angezeigten Fällen separate Asylunterkünfte zur Verfügung stellt. Natürlich muss man den beiden Vorrednern in einem gewissen Mass rechtgeben. Man sollte die Täter, nicht die Opfer verschieben. In der Theorie mag das stimmen. Man kann sich aber nicht der Realität verschliessen. Es ist die bessere Lösung, wenn man in die vom Postulat skizzierte Richtung geht. Ich habe nichts dagegen, wenn man gegen die Leute, die Mobbing betreiben, vorgeht. Das ist richtig. Dafür gibt es das Strafrecht. Man kann es sich aber nicht so einfach machen und die Opfer dort wohnen lassen. Das würde heissen, dass man im schlimmsten Fall ein ganzes Asylzentrum räumen muss. Das kann nicht das Ziel sein. Es braucht eine separate Lösung. Wir unterstützen den Vorstoss.

[Das folgende Votum wurde auf Beschluss des Büros des Gemeinderats wortwörtlich protokolliert:]

Samuel Balsiger (SVP): Das ist wieder einmal ein typischer Gaga-Vorstoss aus der linken Klamauk-Ecke. Das ist ein Gaga-Vorstoss. Also Gaga ist jetzt noch im Bereich des Normalen. Transgene Menschen sind in der gesamten Gesellschaft eine Mini-, Mini-, Mini-, Mini-Minderheit. Transgender-Flüchtlinge, -Asylbewerber, -Scheinflüchtlinge sind eine Mini-, Mini-, Mini-, Mini-, Mini-, Mini-, Mini-, Mini-, Mini-Minderheit, daher ein typischer Gaga-Vorstoss aus der linken Klamauk-Ecke auf den ersten Blick. Aber nur auf den ersten Blick ist es ein Gaga-Vorstoss. Auf den zweiten Blick ist es nämlich ein sehr kluger Vorstoss, der viel preisgibt. Sie sagen nämlich damit, dass Sie die gelobten Menschen, die Sie ja sonst immer hochloben, das sind ja die wichtigen Arbeitskräfte, das sind die, die unsere Gesellschaft endlich einmal ein wenig bunt machen, frische Bewegung nach Europa bringen. Das ist die Zukunft von Europa. Von unserer bunten Gesellschaft ist das Asylchaos ja die Grundlage, von der bunten Gesellschaft, die wir hier mit dem Terror und mit all dem, was wir erlebt haben, was uns hier geboten wird. Das sagen sie sonst immer. Da sagen sie aber plötzlich, dass die Leute, sobald es einmal ein wenig von der Norm abweicht, obwohl es ja nur eine Minder-, Minder-, Minder-, Minder-, Minder- Minderheit ist. Wenn es nur ein wenig von der Norm abweicht, also wenn wir im Promille-Bereich von der Normentfernung sind, dann sind die gelobten Menschen bereits nicht mehr so gut und dann kann man die Minderheit, die es ja praktisch nicht gibt – transgene Flüchtlinge aus dem arabischen Raum – dann sind es plötzlich, ist es nicht mehr gut, um dort zu leben. Auf der einen Seite ist es ein Klamauk-Vorstoss, auf der anderen Seite geben sie allen Kritikern Recht, die sagen, es kämen Menschen aus einer Kultur hierher, die rückständig ist, die mit unseren Werten, unseren

freiheitlichen Werten nicht viel zu tun hat. Das sehen wir in dem Bereich, da ist es noch harmlos, wenn es nur ein Klamauk-Vorstoss der Linken ist, in dem sie das bestätigen, dann ist es ja harmlos. Wenn wir aber erleben, dass Europa, seit man hier widerrechtlich die Grenze geöffnet hat und Millionen in den Kontinent eingedrungen sind. Seit dann erleben wir eine beispiellose islamistische Gewaltwelle in dem Kontinent, die oftmals auch von so genannten Flüchtlingen begangen wird. Ich sehe da hinten Gesichter, welche die Augen verdrehen, als ob ich jetzt hier etwas erzähle, was total hinter dem Mond ist und aus der Luft gegriffen ist. Die Terroranschläge sind real. Die sind real. Das findet vielleicht in Ihrer Klamauk-Welt, in der sie sich in diesen Bubbles bewegen. Sie tragen und bestätigen sich gegenseitig ihre Welt. Der Linke bringt irgendwie einen Klamauk und bestätigt die Klamauk-Welt des anderen Linken. Und der Linke bringt einen Klamauk und bestätigt die Klamauk-Welt des anderen Linken. Sie befinden sich in einer Bubble, in einer Luftblase, in einer Filterblase, die selbst, wenn ich Ihnen sage, dass der Terror geschieht und dass der oftmals von sogenannten Flüchtlingen begangen worden ist, dann verdrehen sie die Augen und lachen und tun so, als ob ich da etwas total Dummes gesagt habe. Lesen sie doch einmal, was in Europa in den letzten zwei, drei Jahren geschehen ist, wie viele hunderte Tote der Terror – begangen durch Islamisten – die oftmals auch als Flüchtlinge nach Europa gekommen sind, begangen worden ist. Setzen Sie sich doch einmal etwas mit der Realität und der Welt auseinander und nicht mit solchem Klamauk. Ich bin absolut Ihrer Meinung, wenn jemand findet, dass er einen Mann liebt, dann soll er einen Mann lieben. Das ist in unserer Gesellschaft kein Problem. Genauso wie es kein Problem ist, dass man Transgender-Flüchtlinge irgendwie speziell betreuen muss, weil sie gar nicht ... [Redezeit abgelaufen]

Dr. David García Nuñez (AL): Iran, Saudi-Arabien, Jemen, Sudan, Somalia, Nigeria, Irak, Syrien, Pakistan, Afghanistan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Mauretanien: Dreizehn Länder, die Homosexualität und Bisexualität mit dem Tod bestrafen. In weiteren 59 Ländern wird gleichgeschlechtliche Liebe kriminalisiert. Homosexuelle, Bisexuelle und Transpersonen sind nicht an jedem Ort der Welt willkommen. Allein in den vergangenen 12 Monaten wurden 325 Morde an Transpersonen registriert. Das führt dazu, dass die LGBT-Community unter den geflüchteten Personen übervertreten ist. 10 % der Bevölkerung fühlt homo- und bisexuell und bis zu 1 % der Bevölkerung ist nicht mit dem zugewiesenen Geschlecht einverstanden. Samuel Balsiger (SVP) sprach von einer kleinen Minderheit. 11 % der Bevölkerung sind keine kleine Minderheit. Unter den erwähnten Voraussetzungen ist es verständlich, dass die schutzbedürftige Gruppe in der Schweiz von Anfang an geschützt werden muss. Diese Personen können weder auf ihrer Anreise noch in den Asylunterkünften über ihre Geschlechtsidentität und über ihre sexuelle Orientierung sprechen, da dort die homophoben und transphoben Strukturen der jeweiligen Herkunftsländer dieser Menschen herrschen. Wer sich outet, droht den familiären und freundschaftlichen Rückhalt zu verlieren. Sie muss mit körperlicher und psychischer Gefährdung ihrer Person rechnen. Die Probleme im Asylverfahren wurden von Alan David Sangines (SP) bereits erwähnt. Das eingereichte Postulat macht in diesem Sinne einen guten Vorschlag, mit dem die gefährliche Situation verhindert werden kann, ganz nach dem guten medizinischen und psychologischen Prinzip «lieber vorbeugen als heilen». Die Massnahme ist einfach, unkompliziert und dazu noch kos-

tengünstig. Die AL-Fraktion unterstützt die Idee vorbehaltlos. Zum Schluss noch eine Reaktion auf den Zynismus mancher bürgerlichen Stimmen im Rat. Von diesen klingt es so, als wäre die Schweiz frei von Homo- und Transphobie. Es wird gefordert, dass sich Nicht-LGBT-Geflüchtete an die hiesigen Sitten halten und LGBT-Personen nicht diskriminieren. Damit soll das Problem gelöst sein. Das ist verlogen. Gerade diejenigen Parteien, die nichts unterlassen, um den Heterozentrismus zu zementieren, wollen heute moralische Lektionen in LGBT-Freundlichkeit erteilen. Ich erinnere an ihre Opposition zur gleichgeschlechtlichen Ehe, an die Ablehnung, Hate-Crimes statistisch zu erfassen, ihre Weigerung, dass Minderheitsorganisationen bei stattgefundener Diskriminierung ein Beschwerderecht erhalten. Von diesen Parteien muss sich in diesem Bereich niemand belehren lassen. Ich bin einverstanden, dass alle Flüchtlinge über die Gleichwertigkeit von LGBT-Lebensweisen informiert werden. Zuerst müssen wir aber die Parteien selber darüber informieren.

[Das folgende Votum wurde auf Beschluss des Büros des Gemeinderats wortwörtlich protokolliert:]

Johann Widmer (SVP): Liebe anwesende Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Sie haben wahrscheinlich das Schreiben auch erhalten. Ich habe zum ersten Mal ein Schreiben von einer Fabrik erhalten. Nämlich von einer Fabrik von unserer super Sozialindustrie. Da geht es um LGBT. Zum Glück war die Gemeinderatsnummer daneben vermerkt. Ich konnte dann nachschlagen, was das überhaupt heisst. Ich habe nämlich zuerst geglaubt, das heisse Links-Grüne-Bereitschaft zur Torheit. Ich führe dies gerne etwas aus. Als einer, der seine Kindheit selbst zu einem grossen Teil in Afrika verbracht hat, kenne ich diesen Kontinent, in mehreren Ländern vermutlich besser als jeder hier drin. Worum geht es? Die Unterstützung von solchen Anliegen ist leider menschenverachtend und asozial. Das kann man nur tun, wenn man nicht richtig versteht, was dort unten überhaupt los ist. Natürlich sind solche Anliegen im Sinne dieser Sozialindustrie. Sie wollen natürlich Geld. Je mehr, dass LGBT sind, von diesen Afrikanern, desto mehr Geld bekommen sie. Solches kann nur einem Gutmenschen in den Sinn kommen. Die meisten Afrikaner werden nämlich nachdenken, wenn sie hier hinkommen. Die werden das erfahren. Die werden blitzartig irgendetwas LGBT oder irgendetwas, weil es nämlich bessere Unterkünfte gibt, mehr Geld gibt, das man nach Hause schicken kann. So blöd sind die nämlich nicht, die sind sehr intelligent. Die wissen, wie man es machen muss. Die Dummen sind leider nur wir. Deshalb aufhören mit solchen Dingen. Denkt bitte an die Würde von unseren Mitmenschen in Afrika, die man nicht mit solchen Dingen verführen sollte.

Alexander Brunner (FDP): Die FDP befindet sich zwischen zwei Polen. Wir sehen den Punkt, dass man nicht diejenigen, die diskriminieren, bevorzugen sollte. Auf der anderen Seite sind wir der Ansicht, dass ein Schutz vor Diskriminierung stattfinden sollte. Von der AOZ haben wir erfahren, dass diese Idee heute in grossem Umfang bereits umgesetzt wird. Es ist vermutlich ein Postulat, das offene Türen einrennt. Wir haben Verständnis. Wir wollen aber auch nicht, dass man die Diskriminierer einfach so gehen lässt und nicht integriert. Deshalb gehen wir in die Enthaltung.

Marcel Müller (FDP): *Wir waren tatsächlich im Zwiespalt. Vor allem aber sahen wir, dass es eine Seite des ganzen Problems ist. Man nimmt die Leute heraus und gibt ihnen den nötigen Schutz. Man sollte aber auch auf der anderen Seite gegen die Leute vorgehen, die bedrängen oder mobben. Man sollte sie sanktionieren und ihnen zeigen, was eine liberale Gesellschaft bei uns bedeutet und dass ihr Verhalten nicht toleriert wird. Wir werden mit einer Forderung in diese Richtung nachstossen.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Die Unterbringung von geflüchteten Menschen ist uns Grünen sehr wichtig. Das betrifft alle und im vorliegenden Fall im Besonderen die LGBT-Menschen. Viele outen sich nicht. Das ist ein Problem. Aber es ist sehr verständlich, denn in vielen Herkunftsländern ist es Realität, dass man gut daran tut, nicht über seine sexuellen Neigungen zu sprechen. Schlimmstenfalls muss man mit dem Tod rechnen. Viele Leute flüchten deshalb. Man hat aber vielleicht auch Angst, weil man nicht weiss, ob die Behörden in der Schweiz anders sind als im Herkunftsland. Es kann auch sein, dass im Zentrum eigene Landsleute oder andere homophob eingestellte Leute mobben. In diesen Fällen muss die AOZ aufzeigen, dass die Schweiz anders funktioniert und dass dieses Verhalten in den Einrichtungen der AOZ nicht vorkommen darf. Offenbar versucht die AOZ bei bekannten Fällen bereits, die Menschen paarweise unterzubringen oder eine spezielle Unterbringung zu prüfen. Man könnte dies noch konsequenter umsetzen oder sich überlegen, ob es noch bessere Möglichkeiten gibt, vielleicht mit einer separaten Einrichtung oder Wohngemeinschaft. Die Leute sollen angstfrei leben können und gestärkt werden im Selbstvertrauen in ihrer sexuellen Orientierung. Deshalb werden wir das Postulat unterstützen im Sinne einer optimalen Unterbringung und gleichzeitig einer Hausordnung, dass homophobe Tendenzen in den Zentren und auch sonst nicht vorkommen.*

Marco Denoth (SP): *Wir können es uns wohl nicht vorstellen, wie es ist, eine Reise unter Einsatz des eigenen Lebens zu machen und seine Heimat vielleicht aus dem Grund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität verlassen zu müssen. Ich kann mir aber vorstellen, wie es ist, einen wichtigen Teil des Lebens für eine gewisse Zeit zu verstecken und zu verheimlichen aus der Angst, von der Gesellschaft nicht akzeptiert zu werden. Zum Glück ist dies bei mir schon lange her. Es hat mich sehr lange beschäftigt. Dank dem Wandel der Zeit und der Gesellschaft ist es heute so, dass ich als schwuler Mann im Gemeinderat sein kann und es kein Thema mehr ist. Vor neun Jahren wurde eine lesbische Frau als Stadtpräsidentin gewählt, in Zürich wurde das Partnerschaftsgesetz angenommen. Vielleicht wird sogar bald die Ehe für alle geöffnet. Dass andere Länder weiter sind, ist bekannt. Dass andere Länder aber auch viel weniger weit sind, ist noch bekannter. Die meisten Geflüchteten kommen aus Ländern, in denen alles, was nicht mit Sexualität zwischen Mann und Frau zu tun hat, geächtet, verfolgt und hart bestraft wird. Mit diesem Postulat wollen wir den Menschen zeigen, dass es in Zürich anders ist. Das ist der Weg, diese Menschen bei uns zu integrieren. Das ist uns wichtig. Sie sollen den wichtigen Teil ihrer Persönlichkeit nicht verstecken müssen und so leben können, wie sie es wollen. Wir wollen diese Leute unterstützen, sich zu outen und ihr Leben so zu leben, wie sie das Recht dazu haben. Das ist für mich*

der Kern des Postulats.

Markus Baumann (GLP): In der Argumentationslinie folgen wir der FDP. Wir möchten dennoch auf einige Punkte eingehen. Eine der Hauptproblemstellungen ist aus unserer Sicht das Outing. Es wäre für uns wichtig gewesen, dass dieser Aspekt ebenfalls in das Postulat eingeflossen wäre. Man kann nicht beginnen, eine Gruppe zu separieren, wenn diese sich nicht outen kann und man somit nicht Bescheid weiss. Man muss zuerst diese Hürde abbauen. Es bräuchte eine niederschwellige Zugänglichkeit, um sagen zu können, dass man homosexuell ist. Das fehlt uns im Postulat. Wir haben von der AOZ viele Informationen erhalten. Die Mitarbeiter müssen auf die Problematik sensibilisiert werden. Man muss in der Ausgestaltung der Unterkünfte darauf hinwirken. Dies wird nach Aussage der AOZ bereits getan. Separieren hat für mich nicht sehr viel mit Integration zu tun. Ich verstehe aber die Absicht dahinter. Wir sehen die Problematik und die Herausforderung der Situation. Entsprechend den Ausführungen von Alexander Brunner (FDP) enthalten wir uns in der Abstimmung.

Marcel Bührig (Grüne): Im Zusammenhang mit dem Postulat wurde fälschlicherweise interpretiert, es gehe um Separation oder um Abschottung. Die Personen kommen aus Ländern, in denen es unter Strafe steht, ihre Sexualität oder ihre Geschlechtsidentität auszuleben. Sie sollen eine Möglichkeit haben, diese in der Schweiz ausleben zu können. Dabei geht es nicht darum, dass man sie von den andern fernhalten möchte. Man will ihnen ein geschütztes Umfeld bieten. Es ist eine sehr aufschlussreiche Debatte. Ich begrüsse es, wenn sich die SVP plötzlich für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung dieser Bevölkerungsgruppe einsetzen möchte. Wir möchten aber auch Taten sehen. Die Ehe für alle wird in der Schweiz sicher auch wieder einmal ein Thema sein. Johann Widmer (SVP) hat es innert drei Minuten geschafft, einen ganzen Kontinent als faul, verschlagen und geldgierig zu bezeichnen. Er hat einen ganzen Kontinent beleidigt. Jeder, der sich schon einmal gegenüber seiner Familie oder seinen Bekannten outen musste, wird wissen, dass es Blödsinn ist zu behaupten, es kämen Tausende von Flüchtlingen, um sich als anders auszugeben und darüber eine bessere Unterkunft und mehr Geld einzuheimsen. Diese Aussage ist eine Beleidigung für jeden, der sich jemals geoutet hat. Ein Outing ist einer der schwierigsten Prozesse, den man in seinem persönlichen Leben durchmacht. Bei meinem Outing vor rund sieben Jahren hatte ich grosse Angst. Es ist ein ernstes Thema, nichts, über das man scherzt. Für die Betroffenen ist es sehr schwierig, vor allem, wenn sie aus einem Land kommen, in dem das überhaupt nicht akzeptiert wird. Die Leute flüchten aus einem Land, weil sie sich selber sein wollen. Deshalb sollte das Postulat angenommen werden. Es geht darum, den Leuten ein neues Leben ausserhalb von Angst zu bieten, wo sie ihr eigenes Ich ausleben können.

Alan David Sangines (SP): Wir haben nun eine unglaubliche Heuchelei von der SVP gehört. Gemäss ihrer Aussage soll es ein islamistisches Problem sein. Natürlich ist in vielen islamischen Kulturen Homosexualität verboten. Als Beispiel aus einer christlichen Kultur wäre aber zum Beispiel Uganda zu nennen, wo 2009 das schärfste Anti-Homosexuellen-Gesetz der Welt inklusive Todesstrafe von einer evangelikalen Politike-

rin eingeführt wurde. Der katholische Präsident Mugabe hat vor kurzem ein homosexuelles Paar inhaftiert mit der Aussage, sie würden erst entlassen, wenn der eine vom andern schwanger sei. Wir haben von der SVP gehört, man müsse klar sagen, dass eine Diskriminierung nicht vorkommen dürfe. Von einer Untergruppe der SVP kam einst die Aussage, dass ihre homosexuelle Untergruppe ein Krebsgeschwür sei, Homosexuelle abnormal und gegen das Überleben der Natur gerichtet seien. Ein weiterer SVP-Politiker setzte Homosexuelle mit Kinderschändern gleich und 2009 wurde von einem SVP-Politiker des Gemeinderats in Zürich eine Petition gegen die EuroPride eingereicht mit dem Argument, die EuroPride repräsentiere die Zerstörung der traditionellen Familie. Der SVP-Politiker Oskar Freysinger sagte kürzlich in einem Interview, ein bestimmter Journalist sei für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen, also für alles, was die Gesellschaft töte. Die SVP sollte vorsichtig sein mit der Keule, die sie nun schwingt und zuerst vor der eigenen Haustür wischen. Roger Bartholdi (SVP) sagte, die separate Unterbringung sei keine gute Idee, da sie am anderen Ort auch wieder diskriminiert werden könnten. Gerade deshalb fordern wir Wohngemeinschaften, die speziell für diese Personen geplant sind. Die FDP sagte, es sei nur die eine Seite des Problems. Einverstanden. Dann sollten wir aber beide Seiten lösen. Es ist wie bei häuslicher Gewalt. Es gibt Frauenhäuser und ein Gewaltschutzgesetz. Man kann durchaus das eine tun und das andere nicht lassen. Die genannten Parteien sollten mitmachen und uns in Bundesbern unterstützen, wenn es um das Gesetz gegen Diskriminierung von LGBT geht. Wir haben von GLP und FDP gehört, die AOZ setze das Anliegen bereits um. Die AOZ versucht tatsächlich, im Einzelfall eine Lösung zu finden. Die Einzelfalllösung zu finden, ist aber enorm schwierig. Gerade, weil es noch keine entsprechenden Wohngemeinschaften gibt. Man kann nur versuchen, jemanden von der einen in die andere Unterkunft zu verschieben. Dort kann es aber wieder von vorne losgehen. Es gibt derzeit keine Lösung, in der man im Einzelfall schnell handeln kann. Die GLP sagte, sie vermisse ein niederschwelliges Angebot, das das Outing unterstütze. Sie übersieht, dass es ein Angebot von Queeramnesty gibt. Es gibt auch ein entsprechendes Welcome-Café der Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich (HAZ). Ich bin aber gerne bereit, mit der GLP einen Vorstoss einzureichen für einen vergrößerten niederschweligen Zugang für LGBT-Geflüchtete. Die FDP und die GLP flüchten sich in eine Enthaltung. Es ist etwas heuchlerisch zu sagen, man müsse bei den Tätern ansetzen. Man kann durchaus beides angehen, ohne sich zu enthalten. Der CVP danke ich für die pragmatische Zustimmung im Sinne aller Betroffenen.

Das Postulat wird mit 67 gegen 20 Stimmen (bei 31 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

9 / 9

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat